

OB Mergen „sehr glücklich“ über SWR-Entscheidung – 34 Prozent Ferienwohnungen nicht angemeldet



Baden-Baden, 19.02.2020, Bericht: Nadja Milke **Über Ergebnisse zur 7. Sitzung des Gemeinderates am Montag berichtete [goodnews4.de](https://www.goodnews4.de) bereits.** Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Themen «Gesamtthematik Ferienwohnungen / Wohnungsmarkt / Beherbergungsstruktur in Baden-Baden» und «Bericht zum Stand der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung zum Jahresende 2019».

Im *goodnews4*-Protokoll zur Gemeinderatssitzung sind Zitate von folgenden Personen: Oberbürgermeisterin Margret Mergen, Bürgerin Corinna Bastian, Erster Bürgermeister Alexander Uhlig, Thomas Schwarz, Leiter des Fachbereichs Planen und Bauen der Stadt Baden-Baden, Uwe Mantik, CIMA Beratung und Management GmbH, Sabine Iding-Dihlmann, Grünen-Fraktionsvorsitzende, Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionsvorsitzender, Hans Schindler, FDP, Kurt Hermann, AfD-Fraktionsvorsitzender, Klaus Bloedt-Werner, CDU, Rolf Pilarski, FDP-Fraktionsvorsitzender, Martin Kühne, AfD, Markus Fricke, FBB, Stadtkämmerer Thomas Eibl, Iska Dürr, Leiterin des Fachbereichs Bildung und Soziales der Stadt Baden-Baden, Bürgermeister Roland Kaiser, Peter Weingärtner, Leiter des Fachgebiets Soziale Leistungen der Stadt Baden-Baden, Ralf Müller, CDU, Fabrice Gireaud, Grünen-Fraktionsvorsitzender, Thomas Gönner, Grüne.

***goodnews4*-Protokoll von Nadja Milke zur 7. Sitzung des Gemeinderates am 17. Februar 2020:**

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Margret Mergen informierte darüber, dass in der alten Schule in Steinbach eine Zweigstelle des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord eingerichtet werde, dessen Räume im Kurzentrum Bühlertal «aus allen Nähten» platzten. Im Foyer der Schule solle auch eine Wanderausstellung des Naturparks gezeigt werden. «Das tut dem Rebland gut», so **OB Mergen**. Im Oktober werde zudem zum ersten Mal der «Naturparkmarkt» im Rebland stattfinden.

OB Mergen berichtete auch von einem Telefonat mit dem neuen SWR-Intendanten **Kai Gniffke**, dem sie mitgeteilt habe, dass sie «sehr glücklich über die Entscheidung» sei, die SWR Hörfunknachrichten am Standort Baden-Baden zu zentralisieren. goodnews4.de berichtete. Dies sei «ein klares Bekenntnis zum Standort Baden-Baden». Sie habe mit dem Intendanten auch besprochen, dass sie ihn in den Gemeinderat einladen wolle und dass auch der Gemeinderat «im Laufe des Jahres» einen «Blick hinter die Kulissen» des SWR werfen wolle.

OB Mergen informierte darüber, dass die Stadt Baden-Baden gemeinsam mit dem Landkreis Rastatt eine Servicestelle finanziere zur Beratung in der Pflegeausbildung. Bei der Generalistischen Pflegeausbildung seien Kranken-, Alten- und Kinderpflege zusammengelegt worden, um den Auszubildenden «mehr Perspektiven zu bieten». Bei der Ausbildung seien nun fünf Praxisteile in fünf verschiedenen Einrichtungen erforderlich. Bei der Planung dieser Praxiseinsätze solle die Beratungsstelle helfen.

Zuletzt kündigte **OB Mergen** noch an, dass der Lärmaktionsplan der Stadt Baden-Baden voraussichtlich im April oder Mai dem Gemeinderat vorgelegt werde. Der Plan solle zunächst noch im Betriebsausschuss der Stadtwerke beraten werden, da zum Beispiel die Einführung von neuen Tempo-30-Zonen Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr habe.

TOP 2 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Die deutlich aufgebrachte **Bürgerin Corinna Bastian** berichtete, dass sie seit dem NATO-Gipfel in Baden-Baden im Jahr 2009 «die Hölle auf Erden» erlebe. Sie werde «ausspioniert, bespitzelt, denunziert und diffamiert», ihre E-Mails würden gehackt, Telefonate abgehört und Briefe geöffnet. Sie sei ehemalige Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes und habe Baden-Baden «eine Veranstaltung vermittelt». Nun wolle sie «Ehre, Würde und eine Zukunftsperspektive». Sie habe in dieser Angelegenheit auch schon einen Brief an **OB Mergen** geschickt. **Margret Mergen** erinnerte sich an den Brief und bot ihr an, sich «im kleinen Kreis zusammzusetzen».

Ein weiterer Bürger regte eine Busverbindung zum Alten Schloss an. **Erster Bürgermeister Alexander Uhlig** sagte zu, die Anregung aufzunehmen und zu klären.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

Oberbürgermeisterin Mergen verwies auf den Ausgang im Rathaus.

TOP 4 Gesamthematik Ferienwohnungen / Wohnungsmarkt / Beherbergungsstruktur in Baden-Baden

a) Einführung und Überblick zur Gesamthematik

b) Beschluss des Beherbergungskonzepts als Grundlage für Bebauungsplanverfahren

c) Beauftragung zur Vorlage eines Abgrenzungsvorschlages im Bereich der Kernstadt für Maßnahmen zur Steuerung von Beherbergungsbetrieben (z.B. 'einfacher' Bebauungsplan)

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung:

Beschlussvorschlag:

a) Der Gemeinderat nimmt hiervon Kenntnis.

b) Der Gemeinderat beschließt das Beherbergungskonzept als Grundlage für künftige Regelungen zur Steuerung von Beherbergungsbetrieben sowie Ferienwohnungen analog § 13 a BauNVO in Bebauungsplanverfahren gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.

c) Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, einen Abgrenzungsvorschlag im Bereich der Kernstadt vorzulegen, in dem Maßnahmen zur Steuerung von Beherbergungsbetrieben (insb. Ferienwohnungen) - z.B. durch die Einleitung eines "einfachen" Bebauungsplanverfahrens - getroffen werden.

Ausgangssituation des Beherbergungswesens in Baden-Baden: Baden-Baden ist ein touristisch erfolgreicher Standort auf hohem Niveau mit Gästen aus aller Welt. Übernachtungsgäste suchen nach angemessenen Unterkünften. Derzeit ist die Stadt auch mit ihren Angeboten im Beherbergungswesen gut aufgestellt, ein kaufkräftiges und einkommensstarkes Klientel anzusprechen, zu binden und neu zu gewinnen. Aufgrund weltweit schwieriger Rahmenbedingungen verschieben sich derzeit die Reisemärkte. Deutschland rückt zunehmend in den Fokus als sicheres Reiseland und hat auch einiges zu bieten. Begleitet durch die Niedrigzinspolitik sowie die anhaltend positive konjunkturelle Entwicklung besteht seitens von Investoren aus dem Beherbergungssektor großes Interesse an der Errichtung von Hotels und anderen Beherbergungsbetrieben mit preiswerten Übernachtungsangeboten in Baden-Baden (z. B. durch Hotelketten betriebene Vorhaben). Diese Arten der Unterkünfte stehen nicht im Einklang dem Ziel der Stadt, den Qualitätstourismus in der Stadt zu sichern und mit Bedacht weiterzuentwickeln. Zudem führen private Unterkünfte, die u.a. über das Vermietungsportal Airbnb angeboten werden, zu Verdrängungen der Bewohnerschaft insbesondere in den zentral gelegenen Stadtteilen und belasten den auf dem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt noch zusätzlich. Diese Unterkünfte sind zum großen Teil nicht gemeldet und werden illegal vermietet. Das Angebot an Unterkünften, die über Airbnb angeboten werden, ist deutschlandweit in Baden-Baden überdurchschnittlich hoch.

Rechtliches Steuerungskonzept: Beschluss des Beherbergungskonzeptes als Grundlage für ein städtebauliches Entwicklungskonzept oder als sonstige städtebauliche Planung (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB) durch den Gemeinderat Das Beherbergungskonzept ist vom Grundsatz her eine informelle Planung. Als öffentlicher Belang werden seine Vorgaben und Ziele bei allen laufenden und künftigen Bauleitplanverfahren durch den gemeinderätlichen Beschluss abwägungsrelevant

und sind somit zu berücksichtigen. Die Umsetzung der Inhalte des Beherbergungskonzeptes erfolgt durch entsprechende Festsetzungen in der verbindlichen Bauleitplanung. Anlassbezogene Änderung und Aufstellung von Bebauungsplänen Eingriffe in bestehendes Planungsrecht (z.B. in Bereichen rechtskräftiger Bebauungspläne, die andere Zielsetzungen verfolgen) sollen anlassbezogen erfolgen. Alle in Frage kommenden Bebauungspläne auf die Inhalte des Beherbergungskonzeptes abzustimmen würde zahlreiche Bebauungsplanverfahren nach sich ziehen und wäre mit einem erheblichen Kosten- und Verwaltungsaufwand verbunden. In gefährdeten Bereichen, in denen Vorhaben gem. § 34 BauGB beurteilt werden, sollte die Aufstellung von Bebauungsplänen zur Sicherung und Entwicklung der städtebaulichen Ziele ebenfalls anlassbezogen erfolgen. (weitere Ausführungen ebenda S. 126)

Ergänzende Maßnahmen

- *Überprüfung der Einführung einer Zweckentfremdungsverbotssatzung: Es erfolgte eine aktuelle juristische Überprüfung zu diesem Steuerungsinstrument. Nach Auffassung der Juristen sind die Voraussetzungen für den Erlass einer Zweckentfremdungssatzung nicht zweifelsfrei gegeben.*
- *Etablierung eines Facharbeitskreises aus Hotellerie, Wirtschaftsförderung, Stadtplanung und Baden-Baden Kur-Tourismus GmbH*
- *Saisonverlängernde Maßnahmen zur Erhöhung der Verweildauer*
- *Fachkräftemangel aktiv begegnen (weitere Ausführungen S. 127f)*

Geplante Maßnahmen zur Umsetzung des Beherbergungskonzeptes: Als weiterer Schritt soll auf der Grundlage des vorliegenden Beherbergungskonzeptes ein Bereich in der Baden-Badener Kernstadt abgegrenzt werden, in dem Regelungen zur Steuerung von Beherbergungsbetrieben in einem «einfachen Bebauungsplan» getroffen werden sollen.

Mehr: [PDF Beherbergungskonzept](#)

Thomas Schwarz, Leiter des Fachbereichs Planen und Bauen der Stadt Baden-Baden, und **Uwe Mantik**, CIMA Beratung und Management GmbH, erläuterten das Beherbergungskonzept.

Im Zentrum der Diskussion standen vor allem die Ferienwohnungen. 1.081 Ferienwohnungen konnten im Stadtkreis Baden-Baden recherchiert werden, davon seien 34 Prozent beziehungsweise 265, nicht angemeldet. 70 Prozent der insgesamt 4.363 Beherbergungsbetriebe in Baden-Baden seien Hotels und Hotel Garni.

Das Beherbergungskonzept solle künftig eine «Abwägungsrelevanz bei der Aufstellung von Bebauungsplänen» haben, rechtsverbindlich werde das Konzept jedoch nur durch «Überführung in die Bauleitplanung». Die Rechtssicherheit eines sogenannten Zweckentfremdungsverbots sei «nicht zweifelsfrei» gegeben, zuerst müssten sämtliche anderen Maßnahmen ausgeschöpft seien.

Sabine Iding-Dihlmann, Grünen-Fraktionsvorsitzende, erinnerte daran, dass der Antrag zu einem Zweckentfremdungsverbot in Baden-Baden im Oktober 2018 der letzte Antrag gewesen sei, den der inzwischen verstorbene Grünen-Stadtrat **Günter Seifermann** gestellt habe. Ihre Fraktion begrüße das Konzept, das jedoch nicht die Leerstände in der Kernstadt Baden-Badens betreffe. Die Argumentation, weshalb ein Zweckentfremdungsverbot in Baden-Baden nicht möglich sein könnte, könne sie nicht nachvollziehen. Die Stadt habe «ausreichend Maßnahmen ergriffen», weitere von den Grünen geforderte Bausteine sollten ein Baulückenkataster und flächendeckende Bebauungspläne sein. Sie halte es für einen «völlig falschen Ansatz aus Angst es könnte jemand

klagen», das Zweckentfremdungsverbot nicht einzuführen und forderte, über den Antrag von **Günter Seifermann** «spätestens in der nächsten Gemeinderatssitzung» abzustimmen.

Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionsvorsitzender, berichtet von «Ferienwohnungsscouts», die in manchen Städten eingesetzt würden, «um den 34 Prozent auf die Schliche zu kommen».

Hans Schindler, FDP, fragte, ob das Konzept «baurechtlich bindend» sei und zum Beispiel das auf dem Grundstück des ehemaligen Gefängnisses geplante Hotel «zu verhindern gewesen» sei. Er wollte auch wissen, ob die Stadt denn nicht gegen die «nicht gemeldeten Vermieter vorgeht».

Kurt Hermann, AfD-Fraktionsvorsitzender, lobte das Konzept als «richtiger Weg in die Zukunft» und stellte auch die Frage: «Wie soll kontrolliert werden?» «Denunziantentum» lehne die AfD ab.

Klaus Bloedt-Werner, CDU, mahnte, sich «nicht in Einzelheiten zu verlieren». Es sei ein «vernünftiges Konzept» und er «sehe keine andere Lösung». Man solle nicht «auf Teufel komm raus» ein Zweckentfremdungsverbot einführen, dies könne zu einem «späteren Zeitpunkt» noch gemacht werden.

Rolf Pilarski, FDP-Fraktionsvorsitzender, fragte nach den Zahlen zum Wohnungsmangel in Baden-Baden. Er wollte wissen, welche Wohnungen und wie viele fehlen würden. Auch **Martin**

Kühne, AfD, fragte, welche Art von Wohnraum fehle. «Wo man hinguckt wird gebaut.»

Markus Fricke, FBB, setzt auf drei «Bausteine». Das Beherbergungskonzept sei der erste Baustein. Der zweite Baustein solle eine Zweckentfremdungsverbotssatzung sein. Er rechnete vor, dass eine Klage gegen ein Zweckentfremdungsverbot nicht so teuer wäre, denn der Streitwert läge nur bei etwa 10.000 Euro, sodass für die Stadt Baden-Baden Kosten in Höhe von 3.000 Euro entstehen könnten. Dies sei ein «vertretbares Risiko». Der dritte Baustein sei das Baurecht. Für eine Airbnb-Nutzung werde in der Regel eine Wohnung «umgenutzt von privat auf gewerblich», dafür werde eine Baugenehmigung benötigt. Wenn diese nicht vorliege, könne das Bauamt eine «Nutzungsuntersagung» erlassen. Er fragte, wie viele Nutzungsuntersagungen es gegeben habe in Baden-Baden.

Uwe Mantik beantwortete die erste Fragerunde. Das baden-württembergische Recht setze «hohe Schwellen» an für ein Zweckentfremdungsverbot, es müssten mehrere Punkte nachgewiesen werden, wie ein «exorbitanter Mietpreisanstieg», nannte er ein Beispiel aus Freiburg. Insbesondere Single-Wohnungen und kleine Wohnungen würden in Baden-Baden fehlen. «Insbesondere auch die Hotellerie» sei in dem Beherbergungskonzept «mitbehandelt» worden.

Thomas Schwarz berichtete, dass im Bauamt «stapelweise Anträge zur Umnutzung» von Wohnungen in Ferienwohnungen liegen würden. Wohnungen, die bereits als Ferienwohnungen genutzt werden und keine baurechtliche Genehmigung haben, aber bei der Stadt angemeldet sind, sollten «Bestandsschutz» haben. Die Kapazitäten der Stadt für Kontrollen seien begrenzt.

Stadtkämmerer **Thomas Eibl** berichtete, dass bei der Stadt etwa «250 Privatvermieter» gemeldet seien, die «seit vielen Jahren» Ferienwohnungen vermieten würden. Man habe versucht, sich in das «System von Airbnb einzuschalten», aber «ein Fake-Account fliegt schnell auf», weil das System auf gegenseitigen Bewertungen von Mietern und Vermietern aufgebaut sei. Es solle «ausdrücklich kein Aufruf zur Denunzierung sein», aber «wenn Hinweise vorliegen», könne man denen «stärker nachgehen».

OB Mergen kündigte an, in der nächsten Sitzung des Gemeinderats auf das Thema «Wohnraum-mangel» stärker einzugehen und auch den Antrag der Grünen für eine Zweckentfremdungsverbotssatzung zu behandeln.

Hans Schindler räumte ein, dass «Ferienwohnungen für Baden-Baden notwendig» seien, zum Beispiel, wenn die Berliner Philharmoniker in Baden-Baden seien oder für andere Berufstätige, die sich mehrere Wochen in Baden-Baden aufhielten. Er wolle aber «gleiche Rechte für alle», beispielsweise bei den Hygiene- und Brandschutzvorschriften. «Will die Stadt etwas unternehmen?» Die illegale Vermietung von Ferienwohnungen sei ein «riesiger Markt», der «keine Kurtaxe und Fremdenverkehrsabgabe» abführe.

Thomas Schwarz erklärte: «Der Stadt bekannte Wohnungen müssen nicht alle baurechtlich genehmigt sein.» Für sie gebe es einen «Vertrauensschutz». Es gehe um die Wohnungen, «die weder bei Herrn Eibl angemeldet sind, noch beim Bauamt». Ohne einen Bebauungsplan, der die Nutzung als Ferienwohnung ausschließe, sei ein Verbot «schwierig». Es sei ihm kein Fall einer Nutzungsuntersagung bekannt. Wenn aber Brandschutzprobleme auftauchten, könne man keine Genehmigung ausstellen.

Oberbürgermeisterin Mergen kündigte an, abzugleichen, wer Kurtaxe abführe, aber keine baurechtliche Genehmigung habe.

Martin Kühne sagte, es sei mit einer «relativ einfachen Buchungsanfrage» möglich, die illegalen Ferienwohnungsvermieter bei Airbnb herauszufinden. **Uwe Mantik** bestätigte: «Wir haben uns touristisch verhalten». Auch **Kurt Hochstuhl** fragte nach einer Möglichkeit, «die 34 Prozent Delinquenten» festzustellen. «Wenn CIMA dazu in der Lage ist, warum die Stadt Baden-Baden nicht?»

Sabine Iding-Dihlmann und **Hans Schindler** reagierten empört über die Aussagen von **Thomas Schwarz**. Eine illegale Wohnung könne nicht «nach einem Stichtag legal» werden, so **Sabine Iding-Dihlmann**. **Thomas Schwarz** schränkte seine Aussagen ein, wenn Brandschutzprobleme auftauchten, könne man nicht genehmigen.

OB Mergen wiederholte noch einmal, dass man abgleichen wolle, wer Kurtaxe abführe und keine Baugenehmigung habe, auf diese Fälle werde man dann zugehen und ihnen sagen, dass sie eine baurechtliche Genehmigung beantragen müssten und dann «schauen wir mal». «Weitere illegale Ferienwohnungen sind in Baden-Baden nicht gewünscht», so **OB Mergen** abschließend.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 5 Bebauungsplan 'Urbanes Gebiet Aumatt'

- a) Änderung der Bezeichnung des Bebauungsplanes**
- b) Billigungs- und Offenlagebeschlüsse Bebauungsplan**
- c) Anpassung des Geltungsbereiches Bebauungsplan**
- d) Städtebaulicher Vertrag**

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt. Die Einarbeitung der Anregungen des Gestaltungsbeirats dauern noch an. goodnews4.de [berichtete bereits](#).

TOP 6 Bebauungsplan 'In der Hüfenau- westliche Erweiterung Fa. Grenke AG'

a) Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplans 'In der Hüfenau- westliche Erweiterung' unter der Bezeichnung Bebauungsplan 'In der Hüfenau- westliche Erweiterung Fa. Grenke AG'

b) Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes 'Verkehrsanschluss Nord' vom 16.08.2001

c) Änderung des Geltungsbereiches

d) Beschlüsse zur Entwurfsbilligung und zur Planoffenlage

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden hat am 22.10.2018 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan «In der Hüfenau - westliche Erweiterung» sowie die Durchführung der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gefasst. Anlass ist eine hohe Nachfrage nach gewerblichen Baugrundstücken insbesondere im Bereich der bestehenden Gewerbegebiete in Oos, bedingt durch die hervorragende verkehrliche Anbindung. Dem stehen kaum noch verfügbare Gewerbeflächen gegenüber. In unmittelbarer Nachbarschaft ist auch die Fa. Grenke AG angesiedelt; sie ist einer der bedeutendsten Arbeitgeber in der Stadt Baden-Baden und hat aufgrund ihrer wirtschaftlichen Entwicklung einen kurzfristig dringenden Erweiterungsbedarf. Es wird eine unmittelbare Erweiterung am aktuellen Standort angestrebt, da dies auch eine bessere Organisation der betrieblichen Abläufe gewährleistet. Die Betriebserweiterung soll für einen mittelfristigen Zeitraum reichen; damit verbunden ist die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Vor diesem Hintergrund hat die Standortsicherung der Fa. Grenke AG aus städtischer Sicht absolute Priorität.*

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 7 Bundesteilhabegesetz - Umsetzung in Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Wesentliche Ziele sind:*

- *Eingliederungshilfe wird aus dem «Fürsorgesystem» in ein modernes Teilhaberecht überführt*
 - *Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen*
 - *Leistungen für Menschen mit Behinderungen sollen nicht mehr institutions- sondern personenzentriert und an den persönlichen Bedarfen des Einzelfalles ausgerichtet sein*
 - *Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in nationales Recht*
- &bull: Vollziehung eines Perspektivenwechsels*
- *von der Ausgrenzung zur Inklusion*
 - *von der Einrichtungs- zur Personenzentrierung*
 - *von der Fremd- zur Selbstbestimmung*
 - *von der Betreuung zur Assistenz*
 - *vom Kostenträger zum Dienstleister*
 - *von der Defizitorientierung zur Ressourcenorientierung*

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Iska Dürr, Leiterin des Fachbereichs Bildung und Soziales der Stadt Baden-Baden, berichtete über die Gesetzänderung und die Umsetzung und deren Auswirkungen auf die Stadt Baden-Baden. Die Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen sei notwendig. Die Kosten dafür würden vom Land übernommen, das dafür 31 Millionen Euro für die Jahre 2020 und 2021 bereitstelle. Für die Kosten ab dem Jahr 2022 gebe es noch keine Regelung. Auf Nachfragen aus dem Gemeinderat ergänzte **Bürgermeister Roland Kaiser**: «Geld wird es geben, aber in welcher Dimension schauen wir mal.» **Oberbürgermeisterin Margret Mergen** kritisierte: «Der Grundgedanke ist gut. Ob bei der Idee alles zu Ende gedacht war – wahrscheinlich nicht. Am Ende des Tages wird wieder mehr Bürokratie geschaffen.»

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 8 Bericht zum Stand der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung zum Jahresende 2019

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Zum Stand 31.12.2019 lebten 836 Flüchtlinge in Sammelunterkünften oder Wohnungen der Stadt Baden-Baden. Die Anzahl der aufgenommenen Personen hat sich seit 2016 somit nur geringfügig verändert. 811 dieser 836 Flüchtlinge haben ein Asylverfahren durchlaufen oder befinden sich in einem laufenden Verfahren. 25 Frauen und Kinder gehören dem ‚Sonderkontingent NordIrak‘ an. Von den zugewiesenen Flüchtlingen sind 546 (65 Prozent) männlich und 290 (35 Prozent) weiblich. Die monatlichen Neuzuweisungen liegen derzeit bei ca. 5-6 Personen. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 61 Personen neu zugewiesen, 20 Babys wurden geboren. 321 Personen haben eine Aufenthaltsgestattung, d.h. sie befinden sich im laufenden Asylverfahren oder im Klageverfahren. Diese Zahl ist weiter rückläufig (seit 2016 fast halbiert). 401 Personen besitzen eine Aufenthaltserlaubnis, d.h. ihre Asylanträge wurden anerkannt. 114 Personen haben eine Duldung, d.h. der Asylantrag wurde abgelehnt, eine Abschiebung jedoch in der Regel aus humanitären Gründen ausgesetzt. Von den 435 Personen (321 Personen Aufenthaltsgestattung + 114 Personen Duldung) mit einem grundsätzlichen Anspruch auf Leistungen gem. AsylbLG, standen Ende Dezember 323 Personen im vollständigen oder ergänzenden Leistungsbezug. 112 Personen benötigten keine Leistungen. Von den 401 Personen (Aufenthaltserlaubnis) mit einem grundsätzlichen Anspruch auf Leistungen gem. SGB II erhielten Ende Dezember 283 Personen vollumfänglich oder ergänzend Leistungen des Jobcenters Baden-Baden. 118 Personen benötigten keine Leistungen. Über Familiennachzüge kamen im Laufe des Jahres 2019 23 Personen nach Baden-Baden. 18 unbegleitete Minderjährige (UMAs), davon 16 junge Erwachsene (<21 Jahre) und 2 Minderjährige, wurden zum Jahresende in Kostenträgerschaft des Landes vom Jugendamt in Wohngruppen oder Jugendhilfeeinrichtungen betreut.*

Aktuell leben 162 Kinder unter 6 Jahren aus dem Bereich Asyl in Baden-Baden. Davon besuchen 57 (35 Prozent) einen Kindergarten, 92 Kinder (57 Prozent) sind vorgemerkt, 13 Kinder stehen zu einer Vormerkung an. (...) 117 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren besuchen im Rahmen der Schulpflicht derzeit Schulen in Baden-Baden. 66 Kinder besuchen Grundschulen, 39 Kinder sind in weiterführenden Schulen (Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien), 4 Kinder besuchen eine sonderpädagogische Förderschule und 8 Jugendliche eine berufsbildende Schule.

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Peter Weingärtner, Leiter des Fachgebiets Soziale Leistungen der Stadt Baden-Baden, präsentierte die aktuellen Zahlen zur Flüchtlingssituation in Baden-Baden.

Ralf Müller, CDU, fragte, warum die Zahl der Flüchtlinge in Baden-Baden «nicht deutlicher nach unten» gehe. Er habe sich mit «zwei ehrenamtlichen Damen» unterhalten und «Frustration und Desillusionierung» bemerkt, wenn «keine Chance auf Anerkennung und kein Wille zur Integration» vorhanden sei. «Was führt zur Duldung?», fragte er. **Peter Weingärtner** antwortete, dass das Regierungspräsidium über die Duldung entscheide. Die Duldung bedeute «die Aussetzung der Abschiebung aus humanitären Gründen». Die Gründe seien der Stadtverwaltung «überwiegend nicht bekannt». Und: «Am Status können wir als Stadt nichts ändern.»

Iska Dürr erklärte, dass es «im Moment einen Wechsel» gebe und die Ehrenamtlichen, die 2016 gestartet seien, sich anderen Themen zuwenden wollten. Es gebe aber auch neue Initiativen für berufsbezogene Einzelsprachförderungen.

Kurt Hermann, AfD, bemerkte, dass «über 80 Prozent» der Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern stamme, die vom Auswärtigen Amt nicht als Kriegsgebiete eingestuft seien. Er fragte nach der Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge, den Sprachfähigkeiten und der Erwerbstätigkeit.

Peter Weingärtner antwortete, wenn man von der Gesamtzahl der Flüchtlinge diejenigen abziehe, die unter 18 Jahre alt sind und diejenigen, die auf Grund ihres Status als Geduldete nicht arbeiten dürfen, würde «ein relativ hoher Anteil arbeiten». 118 Personen reiche ihr Gehalt zum Lebensunterhalt aus, bei anderen würde das Einkommen nicht ausreichen für sie oder ihre Familien. Ein «sehr großer Teil» sei an Integration interessiert, es gebe sehr viele Berufstätigkeiten und auch Mitgliedschaften in Sportvereinen.

Fabrice Gireaud, Grünen-Fraktionsvorsitzender, fragte nach dem Stand des «kommunalen Beteiligungssystems für ausländische Mitbürger», das im Rahmen der Haushaltsberatungen vom Gemeinderat beschlossen worden sei. **Iska Dürr** antwortete, dass man sich das Konzept und das Budget noch einmal anschauen und justieren würde, um es dann Mitte des Jahres dem Gemeinderat vorzulegen und nach der Sommerpause in die Umsetzung zu gehen.

Thomas Gönner, Grüne, fragte, warum sich Baden-Baden nicht an dem Bündnis «Sichere Häfen» beteiligt. **Peter Weingärtner** erklärte, dass dies eine Entscheidung sei, die politisch getroffen werden müsse. **Kurt Hochstuhl** schloss sich an und stellte einen «Antrag für Beratung», ob Baden-Baden Teil des Städtenetzwerkes Sichere Häfen werden soll. **OB Mergen** wollte gleich darüber abstimmen lassen, wurde aber zurückgerufen. Er habe einen Antrag auf «Beratung, nicht Entscheidung» gestellt, dem Gemeinderat solle Zeit gegeben werden, sich zu informieren.

TOP 9 Philharmonie Baden-Baden;

Rückblick 2018 - Zwischenbilanz 2019 - Vorschau 2020 sowie Erhöhung der Eintrittspreise für die Saison 2020/2021

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Wegen der sich Anfang 2019 abzeichnenden schwierigeren Ticketverkaufssituation wurde in der Saison 2019/2020 auf eine Erhöhung der Ticketpreise verzichtet. Nachdem sich für 2020 eine Beruhigung des Marktes abgezeichnet hat, sollen die Preise für die Saison 2020/2021 wie folgt moderat angehoben werden:*

Oster- / Weihnachts- / Silvesterkonzert Einzeltickets:

36,- Euro / 33,- Euro (bislang: 34,- Euro / 31,- Euro)

Acht Sinfoniekonzerte im Abonnement

Einzeltickets ohne Kauf eines Abonnements: 32,- Euro / 28,- Euro (bislang: 30,- Euro / 26,- Euro)

Abonnementspreis für die Reihe von acht Sinfoniekonzerten

175,- Euro / 145,- Euro (bislang: 164,- Euro / 134,- Euro)

Mit dieser Maßnahme sind Mehreinnahmen von rund 15.000 Euro zu erwarten. Im Ticketpreis wird ab der Saison 2020/2021 erstmals ein Kombiticket des KVV enthalten sein, welches den Ticketkäufern am Konzerttag kostenfreie Transfers in öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht. Die Kosten dieser Mehrleistung sind in der Ticketpreiserhöhung enthalten.

Kalenderjahre 2018 und 2019 – Ein Rückblick

Gesamtzahl der Veranstaltungen:

2018: 126/70.000 Besucher

2019: 140/58.000 Besucher

Davon in Baden-Baden:

2018: 100/43.000 Besucher

2019: 120/41.000 Besucher

Gastspiele außerhalb Baden-Badens:

2018: 26/27.000 Besucher

2019: 20/17.000 Besucher

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 10 Anfragen aus dem Gemeinderat

Fabrice Gireaud, Grüne, und **Werner Schmoll**, SPD, fragten nach den «Gästeausweisen» für die Anwohnerparkflächen in der Weststadt. [goodnews4.de berichtete bereits](#). **Bürgermeister Kaiser** erklärte, dass dabei noch «kleine formale Schwierigkeiten» zu lösen seien durch neue Gesetze des Landes, die Stadtverwaltung stehe aber zu dem Vorhaben.

Werner Schmoll regte an, im Gemeinderat Leitungswasser, statt Mineralwasser in Plastikflaschen bereitzustellen. **OB Mergen** sagte, dass ein Wasserspender vorgesehen sei. **Werner Schmoll** fragte auch, wann die gefälltten Robinien entlang der Fürstenbergallee ersetzt werden, dies sei «wichtig für die Fürstenbergallee».

Markus Fricke kritisierte, dass Gemeinderäte in Ausschüssen, in denen sie nicht Mitglied sind, kein Rederecht mehr hätten. Dies verstoße gegen die Gemeindeordnung und die Geschäftsordnung des Gemeinderats. **OB Mergen** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Martin Kühne kritisierte, dass an der Schlossbergtangente auch nach dem tödlichen Unfall kurz nach Weihnachten keine Maßnahmen ergriffen würden. [goodnews4.de berichtete](#). Es sei nur ein «neues Schild mit Doppelkurve» geplant. Ihm sei «schleierhaft», wie man mit diesem Unfallschwerpunkt umgehe. Täglich könne man beobachten und an den Spuren und Schäden am Straßenrand erkennen, dass Autos von der Spur abkommen. **Bürgermeister Kaiser** sagte er könne das «subjektiv bestätigen». Es habe eine «Verkehrsschau» stattgefunden, die zu dem Ergebnis gekommen sei, dass es sich nicht um einen «besonderen Unfallschwerpunkt» handle.